

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

08. Februar – 14. Februar 2025

Am Rande des AI-Summit in Paris hat Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron Investitionen in Höhe von € 109 Milliarden in Künstliche Intelligenz in Frankreich angekündigt. Ein signifikanter Anteil dieser finanziellen Ressourcen soll in die Infrastruktur von Gebäuden investiert werden, die zur Speicherung von Daten und Bereitstellung der erforderlichen enormen Rechenleistung für die KI benötigt wird. Macron fügte hinzu, dass die Höhe der Investition in Frankreich verhältnismäßig dem Betrag von € 485 Milliarden Euro in den USA entspreche, der Mitte Januar von den Unternehmen OpenAI, SoftBank, Oracle und MGX für einen gigantischen Rechenzentrumskomplex angekündigt wurde. Im Vorfeld des Gipfels gaben bereits die Vereinigten Arabischen Emirate, im Rahmen eines mit Frankreich unterzeichneten KI-Partnerschaftsabkommens, die Absicht bekannt, einen Betrag zwischen € 30 und € 50 Milliarden in einen Rechenzentrums-campus zu investieren, der nach derzeitigem Planungsstand der Größte seiner Art in Europa werden soll. Laut Macron werden aber nicht nur Investoren aus dem Ausland, sondern auch französische Unternehmen wie Orange, Thales oder der Telekommunikationsriese Iliad in die KI in Frankreich investieren.

In einem am Sonntag auf dem amerikanischen Sender CNN ausgestrahlten Interview, reagierte Emmanuel Macron auf die jüngsten Äußerungen von Donald Trump zu Gaza und dessen handelspolitische Drohungen. Macron wies entschieden den Vorschlag Trumps zurück, die USA sollten die Kontrolle über Gaza übernehmen, um das Gebiet in die „Riviera des Nahen Ostens“ zu verwandeln. Macron betonte, dass die Lösung der Krise politisch sein und den Willen des palästinensischen Volkes respektieren müsse, einen eigenen Staat zu haben. Macron betonte außerdem die Notwendigkeit, die Zivilbevölkerung zu retten, den Waffenstillstand aufrechtzuerhalten und humanitäre Hilfsmaßnahmen wiederherzustellen. Er erinnerte an die Bedeutung der Achtung der Souveränität von Ländern wie Ägypten und Jordanien, die von Trump als mögliche Ziele für die Bewohner Gazas genannt wurden. In Bezug auf Trumps handelspolitische Drohungen forderte Macron die Europäer auf, sich auf mögliche Zollerhebungen seitens Trump vorzubereiten. Dabei stellte er die Frage, ob die EU wirklich das Hauptproblem der USA sei, und betonte, dass China das eigentliche Problem darstelle. Er wies darauf hin, dass die EU ein Verbündeter der USA sei und betonte, dass es im Interesse der USA liege, Europa nicht mit Zöllen zu bedrohen, wenn sie wollen, dass Europa mehr in Sicherheit und Verteidigung investiert. Der Staatschef warnte zudem vor den Folgen einer solchen Maßnahme für die USA: „Zölle in mehreren Sektoren werden die Preise erhöhen und Inflation in den Vereinigten Staaten verursachen.“ Auf das tatsächliche Dekret vom vergangenen Dienstag, als Donald Trump die Zölle verkündete, gab es noch keine Reaktion aus Frankreich.

Richard Ferrand, ehemaliger Präsident der französischen Nationalversammlung und ein Vertrauter von Emmanuel Macron, wurde von diesem zum Präsidenten des Verfassungsrats (Conseil constitutionnel) nominiert. Dies geschah nur wenige Wochen vor einer Entscheidung des Gerichts, die die politische Zukunft von Marine Le Pen beeinflussen könnte. Die mögliche Ernennung stieß auf breite Kritik seitens politischer Gegner Macrons und sorgte für Besorgnis unter Verfassungsrechtsexperten. Kritiker befürchten, dass Ferrands Nähe zu Macron die Unabhängigkeit des Gerichts in Frage stellen könnte. Das Parlament kann die Ernennung Ferrands nächste Woche verhindern, wenn drei Fünftel (d. h. mindestens 74 von insgesamt 122) der Mitglieder der Rechtsausschüsse der Nationalversammlung und des Senats dagegen stimmen. Das Gewicht der *Républicains* - Verbündete des Macron-Lagers in der aktuellen Regierung -, insbesondere im Senat, wo sie zusammen mit den Zentristen die Mehrheit haben, wird in dieser Hinsicht entscheidend sein. Le Pen wird beschuldigt, EU-Gelder veruntreut zu haben, um Mitarbeiter ihrer Partei *Rassemblement National* zu bezahlen. Die Staatsanwaltschaft fordert ein fünfjähriges Verbot, bei Wahlen kandidieren zu dürfen. Der Verfassungsrat muss nun entscheiden, ob ein solches Verbot bereits vor Abschluss aller Berufungsverfahren verhängt werden darf, was das verfassungsmäßige Recht der Wähler beeinträchtigen könnte. Le Pen bestreitet die Vorwürfe und bezeichnet den Prozess als politisch motiviert.

Frankreich hat am Donnerstag, dem 13. Februar in Paris sowohl eine Syrien- als auch eine Ukraine-Konferenz abgehalten. An der Syrienkonferenz nahmen alle G7-Staaten, die Türkei sowie zahlreiche arabische und europäische Länder teil. Der neue Machthaber in Syrien, Ahmed al-Sharaa, wurde vom Élysée-Palast eingeladen,

war jedoch nicht anwesend. Er wurde bei den Gesprächen von seinem Außenminister Assaad al-Chaibani vertreten. Die Syrienkonferenz in Paris war die dritte ihrer Art seit dem Sturz des Assad-Regimes und die erste, die in Europa stattfand. Zur Konferenz zur Ukraine trafen sich die Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Polens, Italiens, Spaniens, des Vereinigten Königreichs und der Ukraine sowie die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas. In der abschließenden gemeinsamen Erklärung wurde das Ziel bekräftigt, die Ukraine weiterhin zu unterstützen, bis ein gerechter, umfassender und dauerhafter Frieden erreicht ist.

Die Nationalversammlung hat den Gesetzentwurf von Gabriel Attal (*Renaissance*) zur Verschärfung der Jugendgerichtsbarkeit angenommen. Am 13. Februar stimmten die Abgeordneten in erster Lesung für den von dem ehemaligen Premierminister eingebrachten Text mit 125 zu 58 Stimmen. Die von der Regierung unterstützte, aber von der linken Opposition stark kritisierte Vorlage zielt darauf ab, die Autorität der Justiz gegenüber jugendlichen Straftätern und deren Eltern wieder herzustellen. Zu den Maßnahmen gehören die sofortige Vorführung vor Gericht, Sanktionen gegen Eltern und Ausnahmen von der Strafmilderung für Minderjährige. Der Gesetzentwurf reagiert auf die städtischen Unruhen im Sommer 2023 nach dem Tod des jungen Nahel, der in Nanterre von einem Polizisten erschossen wurde. Gabriel Attal, mittlerweile wieder Abgeordneter, brachte das Gesetz ins Parlament, unterstützt vom ehemaligen Innen- und nun Justizminister Gérald Darmanin.

Die französische Regierung hat den Start eines Pilotprojekts zur Verwendung von Speicheltests zur Früherkennung von Endometriose angekündigt, einer Krankheit, die eine von zehn Frauen in Frankreich betrifft. Bislang dauerte es durchschnittlich sieben Jahre, um eine Endometriose-Diagnose zu erhalten. Die Gesundheitsministerin Catherine Vautrin hat am Montag die groß angelegte Testphase offiziell gestartet, nachdem die Haute Autorité de Santé (HAS) bereits im Oktober 2024 grünes Licht gegeben hatte. Der sogenannte Endotest, entwickelt von der Lyoner Startup-Firma Ziwig, basiert auf der Analyse und Sequenzierung von RNA in Speichelproben. Mithilfe künstlicher Intelligenz kann der Test präzise biologische Profile der Krankheit identifizieren. In den kommenden Monaten sollen 25.000 Patientinnen über 18 Jahre Zugang zu diesem Test erhalten. Der Endotest kostet € 839, wird aber vollständig von der Krankenversicherung übernommen.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Bei den *Les Républicains* kämpfen insbesondere zwei Personen um die Spitze der Partei. **Bruno Retailleau** hat am Mittwoch, dem 12. Februar, seine Kandidatur für den Parteivorsitz der konservativ-bürgerlichen Partei *Les Républicains* angekündigt. Retailleau gab bekannt: „Heute möchte ich für meine Partei das tun, was ich an der Spitze meines Ministeriums tue: wahrhaftig reden und schnell handeln“. Der Innenminister konkurriert damit um das Amt des Parteichefs mit **Laurent Wauquiez**, dem aktuellen Fraktionsvorsitzenden der Partei. Dieser hatte seine Kandidatur am Donnerstag, dem 13. Februar verkündet. In Bezug auf die Kandidatur Retailleaus sagte Wauquiez, dass Frankreich einen Vollzeit-Innenminister benötige und er als Parteivorsitzender alles tun würde um diesen in seinem Amt zu unterstützen. Es wird davon ausgegangen, dass die Wahl des Parteivorsitzenden in den nächsten drei Monaten stattfindet.

DIE ZAHL DER WOCHE

74 %

Das CEVIPOF (Zentrum für Politikforschung der Universität Sciences Po) hat in seinem jährlichen Barometer zur Vertrauenswürdigkeit des politischen Personals in Frankreich einen Rückgang festgestellt. Dieser ist insbesondere auf die Parlamentsauflösung und die daraus resultierende politische Instabilität zurückzuführen. **74 %** der Befragten geben an, kein Vertrauen in die Politik zu haben, was einem Anstieg von 4 % entspricht. Im Vergleich zu Frankreichs Nachbarländern Italien (61 %, -5 %) und Deutschland (53 %, -2 %) wird die Unzufriedenheit damit im Trend auch immer größer. Dabei dominieren die Begriffe „Misstrauen“ (37 %) und „Ekel“ (26 %), wenn die Befragten nach ihrem Verhältnis zur Politik gefragt werden.

3	4	7
0	8	6
5	2	3
7	4	9
9	8	2
2	0	1
6	2	5